

Prof. Dr. Axel A. Weber
Präsident
der Deutschen Bundesbank

**Rede anlässlich des Wechsels im Präsidentenamt
der HV Mainz**

am 31. Mai 2010
in der Hauptverwaltung Mainz

Es gilt das gesprochene Wort

Seite 1 von 11

Inhalt

1	Begrüßung	2
2	Kurze Rückschau auf die Dynamik der Finanz- und Wirtschaftskrise	3
3	Amtswechsel.....	7
3.1	Verabschiedung von Frau Palte	8
3.2	Begrüßung von Herrn Hardt	10

1 Begrüßung

Sehr geehrte Frau Palte,
sehr geehrte Frau Hardt,
sehr geehrter Herr Hardt,
sehr geehrte Herren Minister Kühl und Jacobi,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind, um Frau Palte als Präsidentin der Hauptverwaltung Mainz zu verabschieden und Herrn Hardt in diesem Amt willkommen zu heißen. Neben den genannten Vertretern der Landesregierungen sind auch Vertreter der regionalen Wirtschaft und Wissenschaft zugegen, die ich ebenso wie alle anderen Gäste herzlich begrüßen möchte: Herrn Höning als Vertreter der Kreditwirtschaft und Herrn Dr. Braun als Vertreter der Wirtschaftsunternehmen. Zudem freut mich, dass der Präsident der Johannes Gutenberg Universität Mainz Prof. Dr. Krausch den Weg zu uns gefunden hat. „Last but not least“ begrüße ich Herrn Julier, der als Vorsitzender des Bezirkspersonalrats der Hauptverwaltung Mainz die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertritt.

Frau Palte bekleidete das Amt der Präsidentin der Hauptverwaltung Mainz seit November 2007. Damit war ihre zweieinhalbjährige Amtszeit ganz entschieden von der Finanzkrise geprägt, in deren dritten Jahr wir uns befinden. Lassen Sie mich bevor ich den Amtswechsel vornehme, einen kurzen Rückblick auf diese vor allem für Zentralbanken sehr bewegten Jahre werfen und einige Anmerkungen zu den aktuellen Herausforderungen machen.

2 Kurze Rückschau auf die Dynamik der Finanz- und Wirtschaftskrise

Im November 2007 hätte kaum einer gedacht, dass sich die Turbulenzen auf dem US-amerikanischen Häusermarkt zu einer veritablen weltweiten Finanzkrise auswachsen würden. In den Folgemonaten wurden jedoch über die starke Verflechtung der Finanzmärkte weite Teile des globalen Finanzsystems infiziert. Dabei sind ganz erhebliche Schwächen zu Tage getreten. Zu diesen zählen mangelnde Transparenz beim Risikotransfer ebenso wie ein unzureichendes Risikomanagement einzelner Finanzmarktteilnehmer. Aber auch fehlende Tiefe und Breite der Finanzmarktregulierung tragen eine Mitverantwortung für das Entstehen der Krise.

Diese fand im September 2008 mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman-Brothers ihren Höhepunkt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war ein Übergreifen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft nicht mehr zu vermeiden – aus der Finanzkrise wurde eine globale Wirtschaftskrise, die die Industrieländer als schwerste Rezession der Nachkriegszeit erlebten. Ein massives Eingreifen von Regierungen und Notenbanken sowohl zur Stützung der Finanzmärkte als auch zur Konjunkturstabilisierung war die Folge. Beides hat maßgeblich zur Stabilisierung der Finanzmärkte und Abmilderung des Wirtschaftseinbruchs beigetragen. So hat sich die Lage der Finanzmärkte seit Frühjahr

letzten Jahres merklich entspannt. Die mit den Stabilisierungsmaßnahmen verbundenen höheren staatlichen Defizite haben uns jedoch auch neue Probleme beschert. Inzwischen rücken in den Beobachtungen der Märkte die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte in zahlreichen Industrieländern in den Fokus. Deshalb ist allzu großer Überschwang nicht angebracht, denn die Finanzmärkte sind nach wie vor fragil und insbesondere die Entwicklungen in letzten Wochen haben die Notwendigkeit zu erhöhter Wachsamkeit gezeigt.

Die erneuten Spannungen an den Finanzmärkten haben sich jedoch bislang nicht in der Realwirtschaft niedergeschlagen. Konjunkturell wurde die Talsohle des globalen Wirtschaftseinbruchs im Laufe des letzten Jahres durchschritten. Tempo und Stärke der Erholung fallen jedoch regional sehr unterschiedlich aus. Während die asiatischen Schwellenländer, mit China an der Spitze, eine klare Vorreiterrolle eingenommen haben und vereinzelt mittlerweile sogar Überhitzungstendenzen zu befürchten sind, vollzieht sich die Erholung in den Industrieländern deutlich langsamer. Merkliche positive Impulse für die Weltwirtschaft gehen seit Jahresbeginn von den USA aus. Im Euro-Raum hingegen verläuft die wirtschaftliche Erholung noch deutlich verhaltener. Mit Überwindung der witterungsbedingten Rückschläge im Winterhalbjahr hat die Wirtschaftsentwicklung jedoch zuletzt etwas angezogen.

So erfreulich und wichtig diese positiven realwirtschaftlichen Tendenzen sind, die jüngsten Entwicklungen zeigen uns, dass die Dynamik der Krise noch nicht beendet ist. So hat die Finanz- und Wirtschaftskrise deutliche Spuren in den Staatsfinanzen hinterlassen. Dabei gingen nicht nur von den ergriffenen Maßnahmen zur Bankenrettung und staatlichen Konjunkturpaketen erhebliche Belastungen aus, auch der wirtschaftliche Einbruch führte über Steuerausfälle und konjunkturbedingte Mehrausgaben zum Anstieg der

Haushaltsdefizite. Dies ist umso gravierender, als in vielen Ländern die staatlichen Finanzen schon vor der Krise beträchtliche strukturelle Defizite aufgewiesen hatten.

In den vergangenen Wochen haben Zweifel an der Tragfähigkeit der Staatsfinanzen einzelner Länder zu erheblichen Anspannungen an den Finanzmärkten geführt. Griechenland hatte lange Jahre eine unverantwortliche Haushalts- und Finanzpolitik betrieben. Die europäischen Verpflichtungen wurden auch durch falsche statistische Angaben gravierend verletzt. Aus der daraus resultierenden Vertrauenskrise konnte sich Griechenland nicht mehr aus eigener Kraft befreien, und es wurde ein umfangreiches strikt konditioniertes Hilfspaket geschnürt, um eine unkontrollierte Dynamik zu verhindern, die die Stabilität der Europäischen Währungsunion gefährdet hätte.

Trotz dieser Hilfsmaßnahmen für Griechenland hat sich die Lage an den Finanzmärkten nur vorübergehend beruhigt. Die erhöhte Unsicherheit über die Solidität der Staatsfinanzen führte Anfang Mai zu einer weiteren drastischen Zuspitzung, und die EU-Finanzpolitik hat Anfang Mai umfassende zusätzliche fiskalische Unterstützungsmaßnahmen beschlossen, um eine drohende Finanzmarktkrise zu verhindern.

Diese Beschlüsse strapazieren aber gleichzeitig das institutionelle Fundament der Währungsunion. Deswegen ist es von besonderer Bedeutung, dass erstens gefährdete Staaten umgehend umfassende Beschlüsse zur Konsolidierung der Staatsfinanzen treffen, um verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen. Die Beschlüsse in Spanien und Portugal, aber auch die in Griechenland ergriffenen Maßnahmen gehen in die richtige Richtung, können jedoch nur als der Beginn eines steinigen Weges der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der Rückgewinnung verlorengangener Wettbewerbsfähigkeit verstanden werden.

Zweitens sind die beschädigten Fundamente der Währungsunion wieder zu härten. Das bedeutet die Stärkung der Anreizstrukturen für eine eigenverantwortliche Gewährleistung solider Staatsfinanzen. Hierzu gehört die Überarbeitung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die sich als nicht ausreichend erwiesen haben. Es gilt aber auch, etwaige Unterstützungsmaßnahmen strikt zu konditionieren und an engmaschige Kontrollen zu binden. Im Unterstützungsfall sind Verfahren erforderlich, die sicherstellen, dass ein Mitgliedstaat die notwendigen Maßnahmen auch umsetzt und nicht etwa bewusst eine Gefahr für den Bestand der Union in Kauf nimmt. Zur Stärkung der Prävention zur Verhinderung eines solchen Falls wäre auch eine Insolvenzordnung ernsthaft zu prüfen.

Auch die Geldpolitik hat in der Krisenbewältigung neue Wege eingeschlagen, die ich angesichts der damit verbundenen stabilitätspolitischen Risiken nach wie vor kritisch sehe. Diese Risiken gilt es jetzt zu minimieren. Als „backstop“ auf dem Markt für Staatsanleihen muss die Operation zielgenau und eng begrenzt umgesetzt werden. Dazu sollte der Kauf von Staatsanleihen im Sekundärmarkt eng gefasste Schwellenwerte nicht überschreiten. Diese Operation sollte Brückencharakter haben, bis die staatlich eingerichteten Finanzierungsfazilitäten der EU und des SPVs die ihnen zukommenden Aufgaben übernehmen können. Neben der raschen Umsetzung in allen Ländern sollte daher deren Ausgestaltung schnell weiter konkretisiert werden, um insgesamt baldmöglichst Klarheit zu erhalten und diesbezügliche Unsicherheit an den Märkten zu zerstreuen. Es gilt jetzt nach vorne gerichtet, eine klare Trennungslinie der Zuständigkeiten zwischen Geldpolitik und Finanzpolitik zu ziehen. Aufgabe des Eurosystem ist es unverändert, mittelfristig für Preisstabilität zu sorgen.

Auch wenn die zuletzt getroffenen umfangreichen finanzpolitischen Entscheidungen zur Gewährleistung der Stabilität des Euroraums als ökonomisch vertretbar einzustufen sind,

gilt es nun aber, das sicherlich beschädigte institutionelle Rahmenwerk der Währungsunion wieder zu stärken. Kernelement ist und bleibt eine gemeinsame unabhängige Geldpolitik, die Preisniveaustabilität zu sichern hat. Diese ist durch institutionelle Vorkehrungen abzusichern, mit denen solide Staatsfinanzen gewährleistet werden. Dabei verbleiben die Staatsfinanzen in der nationalen Verantwortung und sind eingebettet in eine europäische Koordinierung, die vor allem der Vermeidung übermäßiger Defizite und entsprechender Risiken für die Stabilität der Union dient. Zur Verhinderung gravierender Fehlentwicklungen kann auch eine verstärkte makro-ökonomische Überwachung hilfreich sein, und auch sind Mechanismen zur künftigen Krisenbewältigung zu überdenken. Allerdings bedeutet dies nicht, dass nunmehr die Einführung einer Transferunion, einer europaweiten Haftungsgemeinschaft – etwa über die Einführung von Eurobonds oder umfangreiche Verschuldungsmöglichkeiten der EU – oder einer gesamtwirtschaftliche Feinsteuerung durch die europäische Ebene angelegt werden darf oder durch die Hintertür eingeführt werden sollte. In diesem Zusammenhang sollte sich nicht zuletzt auch die EU-Kommission kritisch fragen, ob beispielsweise die wenig differenzierte Aufforderung zur Ausweitung der Defizite und Schulden im Rahmen des „European Economic Recovery Plan“ in einigen Ländern zur Verschärfung der aktuellen Problemlage beigetragen hat.

3 Amtswechsel

Nach diesem Exkurs zu dem wirtschaftlichen Umfeld, das die Amtszeit von Frau Palte prägte, möchte ich auf den Anlass der heutigen Veranstaltung zurückkommen. Was bedeuten solch turbulente Zeiten für die Ausübung des Amtes einer HV-Präsidentin bzw. eines HV-Präsidenten? Als wichtiger Ansprechpartner für die jeweiligen Landesregierungen sind die Hauptverwaltungen die regionale Verankerung der Notenbank. Da ihnen die

Durchführung der operationalen Bankenaufsicht obliegt, stehen Sie zugleich in engem Kontakt mit der Kreditwirtschaft. Schließlich übernehmen sie in Form von regionaler Öffentlichkeitsarbeit einen wichtigen Teil der Notenbankkommunikation.

In Krisenzeiten gewinnt diese letzte Funktion noch zusätzlich an Bedeutung. Denn das Vertrauen in die Zentralbank ist ein Garant für Stabilität. Dazu aber ist eine gute Kommunikation unerlässlich, sei es um gegebenenfalls erforderliche unkonventionelle Maßnahmen zu erläutern oder Inflationserwartungen solide zu verankern und damit Preisstabilität zu sichern.

3.1 Verabschiedung von Frau Palte

Frau Palte ist den zusätzlichen Anforderungen, die die Finanzkrise an Ihr Amt gestellt hat, mehr als gerecht geworden. Sie hat nicht nur den guten Kontakt, den die Hauptverwaltung Mainz traditionell zu gesellschaftlichen Institutionen der Region pflegt, während ihrer Amtszeit weiter ausgebaut, sondern auch einen Beitrag geleistet, das allgemeine Verständnis für die Geldpolitik im Euro-Raum während der Krise zu erhöhen. Dies gelang ihr beispielsweise durch den Ausbau der Vortragstätigkeiten insbesondere an Universitäten und Fachhochschulen sowie die intensive Pflege der Kontakte zu Handwerkskammern und Verbänden.

Sie hat aber auch erkannt, dass eine gute Kommunikation in Krisenzeiten alleine nicht ausreicht und ein Grundverständnis der Bevölkerung für ökonomische Zusammenhänge wünschenswert und vor allem förderungswert ist. Die ökonomische Bildung – und zwar auf allen gesellschaftlichen Ebenen – lag ihr besonders am Herzen. Während ihrer Amtszeit nahm die Hauptverwaltung Mainz erstmals bei der Kinder-Uni der Fachhochschule Koblenz

teil, aber auch gemeinsame Projekte mit der IHK und den Handwerkskammern der Region wurden ins Leben gerufen. Erfreulich ist außerdem, dass die Kooperation mit der Uni Koblenz-Landau zur Fortbildung von Lehrkräften ausgebaut und Kontakte zum Studienseminar für das Gymnasiallehramt in Bad Kreuznach geknüpft wurden.

Neben den externen Aktivitäten hat sich Frau Palte auch intern um die Hauptverwaltung Mainz und die Filialen verdient gemacht. Unter anderem hat sie mit großem Engagement und Erfolg das Pilotprojekt zur Gestaltung von Veränderungsprozessen in der Filiale verfolgt. Dabei schätzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem, dass sie bei Frau Palte mit ihren Anliegen stets auf ein offenes Ohr gestoßen sind.

Frau Palte, ab dem 1. Juni werden Sie die Leitung des Zentralbereichs Revision übernehmen. Damit gewinnt die Zentrale eine engagierte Führungskraft zurück. Denn von 1994 bis 2007 hatten Sie zunächst die Leitung der Abteilung Aus- und Weiterbildung und im Anschluss der Abteilung Personalmanagement im Zentralbereich Personal inne.

In ihrer neuen Position werden Ihnen neben Ihrer langjährigen Erfahrung als Führungskraft aber auch Ihre ausgezeichneten konzeptionellen Fähigkeiten zu Gute kommen, vor allem wenn es darum geht Veränderungsprozesse zu gestalten und umzusetzen. Darüber hinaus dürften Ihnen die Erfahrungen, die Sie Mitte der 90er Jahre bei der EU-Kommission in Brüssel auf internationalem Parkett sammeln konnten, die Einarbeitung in die komplexen Themen des Revisionswesens auf ESZB- und G10 Ebene erleichtern.

Ich bin mir sicher, dass Sie auch diese neue Herausforderung meistern werden und wünsche Ihnen dafür auch weiterhin gutes Gelingen. Im Namen des gesamten Vorstands

möchte ich mich recht herzlich für Ihre Verdienste als Präsidentin der Hauptverwaltung Mainz bedanken.

3.2 Begrüßung von Herrn Hardt

Das Zepter der Hauptverwaltung Mainz wird Frau Palte an Herrn Hardt weitergeben. Herr Hardt arbeitet seit 1985 bei der Deutschen Bundesbank und hat sich durch seine langjährige Tätigkeit im Bereich Bargeld als Experte des Barzahlungsverkehrs hervorgetan. So leitete er bei der Euro-Bargeldeinführung eine Sonderhauptgruppe, die sich mit der Logistik und Sicherheit der Bargeldeinführung bei den Kreditinstituten befasste.

Seit 2006 war er als Leiter der Abteilung Grundsatzfragen des baren Zahlungsverkehrs und der maschinellen Geldbearbeitung tätig und hat während dieser Zeit eine Reihe von Projekten erfolgreich verwirklicht. Darunter sticht vor allem die Einführung der Multistückelungsmaschinen in den Bundesbankfilialen hervor, mit der erhebliche Effizienzgewinne realisiert werden konnten. Aber auch die Videoneukonzeption in den Filialen, bei der die störanfällige Software der alten Videoaufzeichnungsgeräte durch eine neue Software abgelöst wurde, hat er erfolgreich begleitet. Schließlich setzte er sich unermüdlich dafür ein, dass das Banknotenrecycling verstärkt durch private Dienstleister durchgeführt wird. Dieser Prozess befindet sich mittlerweile auf einem guten Weg. Die starken Zuwachszahlen bei der Beteiligung privater Dienstleister beim Banknotenrecycling der letzten Jahre sind zwar vor dem Hintergrund des niedrigen Ausgangsniveaus zu verstehen, dieser Trend dürfte sich in Zukunft aber fortsetzen.

Herr Hardt, mit Ihren Erfahrungen im Bargeldbereich bringen Sie eine ausgezeichnete Eignung für das Präsidentenamt der Hauptverwaltung Mainz mit und ich bin mir sicher, dass

Sie sich hier sehr schnell heimisch fühlen werden. Denn Ihr neuer Wirkungsbereich umfasst gleich zwei sehr interessante Einheiten des Barzahlungsverkehrs: Das Servicezentrum Bargeldlogistik, welches für die Planung und Abwicklung der bundesweiten Bargeldversorgung zuständig ist und das Nationale Analysezentrum für Falschgeld und beschädigtes Bargeld.

Aber auch mit Blick auf die Öffentlichkeitsarbeit werden die Herausforderungen zukünftig nicht abnehmen. Hier können Sie an die hervorragende Arbeit von Frau Palte anknüpfen. Ich wünsche auch Ihnen viel Erfolg in ihrem neuen Amt und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

* * *